

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/192

6. Oktober 1976

Die Jugend stimmt wieder für die SPD

Entschlossener Kampf gegen Unions-Versuch zur Radikali-
sierung

Von Wolfgang Roth MdB
Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der Partei-
Kommission Jugendpolitik

Seite 1 / 25 Zeilen

Der verfremdete Kohl

Anmerkungen zum Thema Wahlkampf-Image

Seite 1a / 35 Zeilen

Biedenkopf ist der große Verlierer

CDU-Generalsekretär hatte das Ruhrgebiet völlig falsch
eingeschätzt

Von Hermann Heinemann
Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 2 und 3 / 47 Zeilen

Englands schwieriger Weg nach Europa

Die Haltung der Labour-Party zur Direktwahl des Europäi-
schen Parlaments

Von John Roper MP
Mitglied der Labour-Fraktion im britischen Parlament,
Vorsitzender des Labour-Committee for Europe und Mitglied
des Europarates

Seite 4 bis 6 / 101 Zeilen

Ab 15. Oktober neues
Rufnummer: 219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 30
Telex: 08 86 846-46 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Jugend stimmt wieder für die SPD

Entschlossener Kampf gegen Unions-Versuch zur Radikalisierung

Von Wolfgang Roth MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender

der Partei-Kommission Jugendpolitik

Auch in diesem Bundestagswahlkampf hat sich gezeigt, daß junge Wähler ihr politisches Interesse durch die Koalition gewahrt sehen und entsprechend ihre Stimme abgegeben haben. Von einem Umschwenken junger Menschen zu den konservativen Parteien kann keine Rede sein. Jene jungen Wähler, die bereits 1972 für die SPD eintraten und die heute 21 bis 25 Jahre alt sind, haben wiederum mit mehr als 50 vH für die SPD votiert. Die Koalition liegt bei dieser Altersgruppe bei 60 vH und damit 23 Punkte vor der CDU/CSU. Auch bei den Erstwählern liegt die Koalition mit 55 vH noch 20 Punkte vorne. Wenn die Union vor diesem zahlenmäßigen Hintergrund von Erfolgen bei den Jungwählern spricht, so verfälscht sie das Wahlergebnis und macht sich lächerlich.

Jugendarbeitslosigkeit und Numerus clausus - die zentralen Probleme junger Menschen in der Bundesrepublik - haben jedoch dazu beigetragen, daß unter den Erstwählern mehr Jungwähler auf die Scharfmacher-Parolen der Unions-Parteien hereingefallen sind. Daß die CDU/CSU junge Menschen mit ihren Parolen vom Weg der Vernunft wegführt, hat sich im Wahlkampf mehrfach gezeigt. Eine Partei, die in ihrem Wahlkampf zuläßt, daß junge Menschen den Gegner mit Ausdrücken diffamieren, die in das Vokabular faschistischer Parteien gehören - so geschahen z.B. auf einer Wahlkundgebung in Paderborn -, läßt Böses für die Zukunft ahnen.

Für Sozialdemokraten ist dies Warnung und Ansporn zugleich: Jugendarbeitslosigkeit und Numerus clausus werden in den kommenden Jahren durch konkrete Maßnahmen beseitigt. Wir werden verhindern, daß ein rechteradikaler Bodensatz in der Jugend entsteht. (-/6.10.1976/vc/pr/ee)

+ + +

Der verfremdete Kohl

Anmerkungen zum Thema Wahlkampf-Image

Der "Ich-will-Bundeskanzler-werden"-Traum mag dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl jetzt nur noch wie ein blasser Spuk vorkommen. Seine eigene Partei und die Männer, mit denen er doch so gerne ein Bundeskabinett gebildet hätte, waren realistischer und nüchterner als ihr Vorsitzender, der sich bis zur buchstäblich letzten Sekunde an ein Ziel geklammert hat, das er schon am Abend des 3. Oktober verfehlt hatte. So ist der "schwarze Riese" aus Mainz in den Augen der Öffentlichkeit zu einer tragikomischen Figur geworden, die nun schon wieder in ihrer aktuellsten Entscheidung, ob er nämlich in Mainz bleibt oder nach Bonn geht, mehr und mehr von äußeren Einflüssen, vor allem von Strauß, abhängig wird, die ihm sagen oder besser vorschreiben wollen, was er zu tun habe.

Diese zunehmend deutlicher werdenden inneren Querelen der Unions-Parteien, die Kenner der christdemokratischen Szene so erwartet haben, wie sie nun sehr robust eintreten, sollen aber doch nicht dazu verführen, den Mann im Mittelpunkt, also Dr. Kohl selbst, noch einmal anders anzusehen oder zu beurteilen, als er tatsächlich ist. Insbesondere rheinland-pfälzische Beobachter haben schon seit geraumer Zeit auf den monomaniachen Wesens- und Charakterzug des CDU-Politikers hingewiesen, der ja auch in der Vier-Politiker-Fernsehunde immer krasser hervorgetreten war. Dr. Kohls Auftritte beispielsweise im Mainzer Landtag haben oft genug einen Mann gezeigt, der weit entfernt von dem Image ist, das der aus Österreich für teures Geld engagierte Meinungsmacher Gerd Bacher nicht ohne Erfolg produziert hatte. Bacher hatte ja nicht nur das Äußere Kohls mit modernerer Brille, Filmfrisur und Dauerlächeln ins Sieder-Sympathische verfremdet, er hatte es auch erreicht, daß eine breitere Öffentlichkeit dem CDU-Vorsitzenden eine Menge sympathiewerbende Eigenschaften zubilligte, die jedenfalls seinen rheinland-pfälzischen und insbesondere seinen Ludwigshafener Landsleuten bisher nicht so geläufig waren.

Auf diesen wirklichen Dr. Helmut Kohl wird man sich einzustellen, ihn danach zu beurteilen und zu behandeln haben, gleichgültig, ob er nun in Mainz bleibt oder ob er doch noch nach Bonn geht, auf jeden Fall hin- und hergerissen von den völlig differierenden Vorstellungen und Forderungen aus den Parteilagern der CDU und CSU.

(e/6.10.1976/bgy/ee)

+ + +

Biedenkopf ist der große Verlierer

CDU-Generalsekretär hatte das Ruhrgebiet völlig falsch eingeschätzt

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Zielsprache war deutlich. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Generalsekretär der CDU und quasi Sonderbeauftragter für den Wahlkampf an der Ruhr, hatte vor den Wahlen den Mut, zu sagen: Wenn die CDU am 3. Oktober im Ruhrgebiet unter dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen bleibt, dann muß sie das als eine Niederlage betrachten. Die CDU ist deutlich genug unter dieser Marke geblieben. Darüber hilft auch die Solidaritätsadresse des CDU-Landesvorsitzenden Heinrich Köppler nicht hinweg, der Biedenkopfs Niederlage mit dem Hinweis verniedlichen wollte, daß man die Latte sehr hoch angelegt habe. Ob zu hoch oder zu niedrig angelegt: Wer die Courage aufbringt, Siege zu prophezeien, der sollte sich hinterher nicht scheuen, Niederlagen zuzugeben.

In Wahrheit ist die CDU ja nicht nur unter der Latte von 40 vH geblieben, sie hat nicht einmal die Sprunghöhe erreicht, über die sie bei den letzten Landtagswahlen schon einmal hinweggekommen war. Im Frühjahr 1975 nämlich lag der Anteil der CDU bei 38,5 vH. Bei den Bundestagswahlen am 3. Oktober ging dieser Anteil um 2,2 Punkte auf 36,3 vH zurück. Sie liegt also sogar noch um eine vH unter dem Bundestagswahlergebnis von 1969. Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache. Biedenkopf hat gepokert, sehr hoch sogar, er hat verloren. Der Mann, der sich während des Wahlkampfes mehr einstweilige Verfügungen einhandelte als je zuvor ein Wahlkämpfer in der Bundesrepublik, ist nicht nur an den Gerichten, er ist auch an den Wählern gescheitert.

Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Es besteht kein Zweifel daran, daß auch Biedenkopfs politische Freunde sich damit noch beschäfti-

gen werden. Denn tatsächlich hatte er in seiner Partei so starke euphorische Erwartungen ausgelöst, daß man in geheim sogar einen Erdbeben an der Ruhr für möglich gehalten hatte. Zwei wesentliche Ursachen für Biedenkopfs Niederlage sind heute schon deutlich erkennbar:

1/ die immer heftiger werdende Kampfansage an die Gewerkschaften. Das Unterfangen, die zweifellos vorhandenen Bezugspunkte zwischen SPD und Gewerkschaften, die im Ruhrgebiet jedermann selbstverständlich sind, als "Fitzokratie" anzuprangern, mußte in der Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen und bei den Angesprochenen Gegenreaktionen auslösen. Weitgehend ist Biedenkopfs Wahlkampf als Störung des Sozialfriedens empfunden worden, was in einer so friedlichen Landschaft wie dem Ruhrgebiet geradezu eine Antistimmung gegen Biedenkopf auslösen mußte.

2/ hatte Biedenkopf, der sich gern als der Entdecker von Marktlücken preist, den Wert der Konsumwerbung im politischen Wahlkampf stark überschätzt. Waschmittel und Politik sind eben doch ein zu unterschiedliches Angebot, als daß beides nach dem gleichen Schema "verkaufbar" wäre. Was ein so kalt berechnender Typ wie Biedenkopf für ganz und gar unwahrscheinlich gehalten hatte, daß nämlich die Entwicklung zum mündigen Bürger hin im Ruhrgebiet ganz besonders weit fortgeschritten ist, muß ihm am Abend des 3. Oktober bewußt geworden sein.

Politische Prozesse zu analysieren und Mentalitäten einzuschätzen, ist nicht Biedenkopfs Stärke gewesen. Man wird sehen, wie die CDU an der Ruhr dies versteht. (~/6.10.1976/vo/pr/ee)

+ + +

Englands schwieriger Weg nach Europa

Die Haltung der Labour-Party zur Direktwahl des Europäischen Parlaments

Von John Roper MP

Mitglied der Labour-Fraktion im britischen Parlament, Vorsitzender
des Labour-Committee for Europe und Mitglied des Europarates

Mit deutlicher Beunruhigung hat die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft auf den Mehrheitsbeschluss des Labour-Parteitag in Blackpool reagiert, mit dem sich die Labour-Party grundsätzlich gegen allgemeine Direktwahlen zum Europäischen Parlament gewandt hat. Der Nationalausschuß hatte dies dem Parteitag mit 17 zu drei Stimmen empfohlen, weil die Direktwahl einen Schritt zum europäischen Föderalismus hin bedeute.

In der Parteitagsdebatte zu diesem Problemkreis hatten Regierungsvertreter demonstrativ nicht das Wort ergriffen. Außenminister Crosland aber hatte am Tage zuvor erklärt: "Was immer die Abstimmung morgen ergeben wird - die Regierung wird die für die Direktwahl in Großbritannien erforderliche Gesetzgebung dem Parlament zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorlegen." Trotz des Bekenntnisses der Labour-Regierung zu ihren europapolitischen Verpflichtungen werden sich unsere Partner über die Haltung der Labour-Party und ihre Hintergründe Gedanken machen, denn die zunehmend wichtiger werdende Arbeit im Rahmen des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft obliegt der Partei, nicht der Regierung.

Der Nationalausschuß wird von den Gewerkschaften und von den Parteigliederungen der Wahlkreise gebildet und hat sich in den letzten zehn Jahren als eine Körperschaft erwiesen, deren politischer Schwerpunkt links von dem der Labour-Parlamentsfraktion lag. Nur eine kleine Minderheit seiner Mitglieder gehört der Regierung an. Der Parteitag wiederum wird von den Stimmen der Gewerkschaften beherrscht und hat sich auch in den Jahren, in denen eine Labour-Regierung im Amt war, nicht gehindert gefühlt, zu außenpolitischen Themen eine andere Stellung zu beziehen als die Regierung. Dies galt für die Kritik an der amerikanischen Vietnam-Politik und im letzten Jahr beim Sonderparteitag vor dem Referendum für das Thema der fortgesetzten Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft.

Aber bei der Regierungsübernahme im Jahre 1964 und im Jahre 1974 hatte der Premierminister die Leitung des Außenministeriums und des Verteidigungsressorts Politikern übertragen, die die Haltung der Partei mit einer

guten Portion von hartem Realismus vertreten. Dies hat natürlich von Zeit zu Zeit zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Nationalausschuß geführt. Es gibt nur ein Gebiet, auf dem die britische Haltung des Nationalausschusses einige Bedeutung entwickelt: nämlich die transnationalen Verbindungen der sozialistischen Parteien.

Als Labour auf dem ersten Treffen des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft am 31. März 1976 in Brüssel vertreten war, enttäuschte sie die anderen Parteien durch ihre Weigerung, Mitglieder für die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Plattform für die sozialistischen Kandidaten zur Direktwahl zum Europäischen Parlament oder zu den vier Unterarbeitsgruppen zu benennen. Der Grund lag darin, daß die Partei sich über ihre Haltung zur Direktwahl noch nicht schlüssig geworden war und die Stellung ihrer Vertreter im Bunde schwierig geworden wäre, wenn der Parteitag sich gegen den Grundsatz der Direktwahlen entschied - welche Auswirkungen solch eine Entscheidung auf die Arbeit in Westminster auch immer haben mochte.

Die im Vergleich zu ihrem Eintreten für die Atlantische Allianz und eine gemeinsame Verteidigung viel skeptischere Haltung der Labour-Party zur europäischen Integration geht in ihrem Ursprung auf die unmittelbare Nachkriegsperiode zurück. Trotz einer Minderheit von "Pro-Europäern" innerhalb der Partei wurde das europäische Einigungswerk schon seit dem Haager Kongreß im Jahre 1948 als einer der Tricks von Churchill und den Tories mit Mißtrauen angesehen. Labour-Regierungen haben sich immer als Erben von Ernest Bevin gezeigt und befürchtet, daß sich der Gemeinsame Markt mit starken transatlantischen Bindungen vertragen könnte. Schließlich kam eine Verbindung von drei Faktoren hinzu, die von den antieuropäischen Kräften innerhalb der Labour-Party genutzt und genährt wurde: ein Vertrauen in die Überlegenheit der britischen Sozialdemokratie, das Gefühl, daß der Aufbau des Sozialismus oder der Sozialdemokratie in einem Nationalstaat leichter sein werde als in einem "kapitalistischen Klub", und Befürchtungen, daß die Mitgliedschaft in der Wirtschaftsgemeinschaft uns in einen starren Block einschließen würde.

Nachdem Hugh Gaitskell im Jahre 1962 vor dem Labour-Parteitag eine kämpferische Rede gegen den britischen EG-Beitritt gehalten hatte, seit Labour nach dem gescheiterten zweiten Antrag dann als Oppositionspartei gegen den EG-Beitritt zu "Tory-Bedingungen" zu Felde gezogen ist und dabei das gute Verhältnis zu den Gewerkschaften wiederherstellte, hat Harold Wilson vor seiner Wiederwahl die Verpflichtung zu Neuverhandlungen und einem Referendum übernommen. Die Empfehlung der Regierung zu einem "Ja" in dieser Abstimmung konnte von der Partei nur schwer nachvollzogen werden, und die gegen die Integrationspolitik gerichtete Mehr-

heit im Nationalausschuß ist offensichtlich noch sehr stark. Das gilt auch - wenn auch etwas weniger - für den Parteitag, obwohl viele Gewerkschaften bereits aktiv an den Arbeiten der europäischen Institutionen teilnehmen.

Bei den etwa 300 Mitgliedern der Labour-Parlamentsfraktion gibt es eine erhebliche Mehrheit für die Regierungspolitik in den meisten außenpolitischen Fragen, zu denen auch die Direktwahl gehört. Ein Kern von noch etwa einem Viertel der Abgeordneten wendet sich gegen die Gemeinschaft und gegen jede weitere Integration; dazu gehören auch einige der gegenwärtigen Labour-Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auf der anderen Seite gibt es gut zehn bis 15 vH, die zwar nicht festgelegte Vertreter eines europäischen Bundesstaates sind, aber doch bald die ersten Schritte weiterer Integration sehen wollen. Zwischen beiden folgt die Masse der Fraktion überwiegend der Haltung des Premierministers, die als pragmatischer Minimalismus betrachtet werden kann. Er ist bereit, weitere Schritte in eine Integration ins Auge zu fassen, aber jeder von ihnen muß für sich gerechtfertigt werden als ein Schritt, der eindeutig Vorteile für Großbritannien bringt.

Andererseits kann es sein, daß die EG-Mitgliedschaft als solche nicht ohne Auswirkung auf die Haltung der Minister bleibt. Gewiß haben einige der parlamentarischen Staatssekretäre, die vor 1974 aktiv der britischen Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft entgegentraten, angefangen, Ressortvorteile in einer fortgesetzten britischen Zugehörigkeit zum gemeinsamen Markt zu sehen. In den Parteiorganisationen auf dem Lande aber wird das Ergebnis des Referendums noch mit Zähneknirschen akzeptiert und mit dem Wunsch verbunden, daß die ganze Sache nun aus der Welt sei. Sicherlich könnte eine solche Haltung die Tätigkeit der Labour-Partei in einem Europawahlkampf beeinflussen. Wieweit diese Haltung sich auch auf Labour-Wähler erstrecken wird, ist jedoch schwer vorauszusagen.

(=/6.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller